

Protokoll Antragsberatung 10. Oktober 2015

Antragsblock Kommunalwahlen

Antrag 01

Kommunalpolitische Eckpunkte Antrags-„Für soziale Gerechtigkeit und Demokratie in lebenswerten Städten und Gemeinden“

Dazu wurden die folgenden Änderungsanträge beraten:

Änderungsantrag 01

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Vogelsberg

Antrag: Seite 7, nach Zeile 98 einfügen:

„Immer mehr Aufgaben und Lasten werden vom Bund und dem Land auf die Kommunen abgewälzt, gleichzeitig ist der politische Einfluss ihnen gegenüber gering. Wir wollen, dass der Bundestag und der Landtag verbindliche Mitwirkungsrechte der Kommunen bei der Erarbeitung von Gesetzen und Verordnungen beschließen.“

⇒ **Übernahme durch Antragsteller**

Änderungsantrag 15

Antragsteller: Thorsten Felstehausen, Heide Scheuch-Paschkewitz, Jan Schalauske, Petra Heimer, Michael Erhardt und weitere.

Antrag: Seite 8, Zeile 130 einfügen:

„...sowie eine flächendeckende Hebammenversorgung.“

⇒ **Übernahme durch Antragsteller**

Änderungsantrag 19

Antragssteller: Antragskommission

Antrag: Seite 9, Zeile 172 „4.000“ ersetzen: 10.000

⇒ **Redaktionelle Änderung**

Änderungsantrag 02

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Vogelsberg

Antrag: Seite 9, Zeile 190 bis 202 ersetzen:

„4. Nicht die Kleinstädte und ländlichen Regionen abhängen

Während die großen Städte mit steigenden Einwohnerzahlen umgehen, muss sich die Kommunalpolitik in etlichen ländlichen Regionen Hessens darauf einstellen, dass die Einwohnerzahlen zurückgehen, weil vor allem mehr junge Menschen abwandern als Familien neu in die Regionen ziehen. Ungeachtet der Bevölkerungsdichte müssen gleiche Lebenschancen in Stadt und Land herrschen. Der ländliche Raum braucht eine Nachteilsfinanzierung, damit trotz des Bevölkerungsrückganges die Gemeinden funktionsfähig bleiben und es nicht zu

Schließungen von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern kommt.“

⇒ **Mit deutlicher Mehrheit abgelehnt**

Änderungsantrag 05

Antragsteller: Thorsten Felstehausen, Heide Scheuch-Paschkewitz, Jan Schalauske, Petra Heimer, Michael Erhardt und weitere.

Antrag: Seite 9, Zeile 202 einfügen:

„5. Zugang zu schnellen Internetanschlüssen als „Teil der Daseinsvorsorge“, der Chancengleichheit und der Entwicklung ländlicher Räume

Mit dem Internet hat sich vieles grundlegend verändert, wie Menschen kommunizieren, produzieren und mit Informationen umgehen. Das Netz ermöglicht solidarisches Handeln und neue soziale Ökonomien, doch dem steht zugleich eine aggressive Privatisierung von Wissen und Kultur entgegen. Die Gemeingüter der Kommunikationsrevolution werden als erweiterte Renditequellen erschlossen und persönliche Freiheiten durch die Medien-, Unterhaltungs- und Technologiekonzerne erneut in Waren verwandelt und privatisiert angeeignet. Für die DIE LINKE ist die Sicherung der Netzneutralität– wie die Versorgung mit Wasser und Strom – eine wichtige infrastrukturelle Aufgabe, die nicht der Steuerung durch einen ungezügelten Markt überlassen bleiben darf.

Viele ländliche Gemeinden sind seit Jahren unversorgt oder unterversorgt. Bei höheren Bandbreiten verstärkt sich das Stadt-Land-Gefälle sogar noch. Breitbandanschlüsse sind aber sowohl Voraussetzung für die Ansiedlung von Unternehmen als auch der Sicherstellung vergleichbarer Lebensbedingungen. Damit sind sie unverzichtbar für den Erhalt und für die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Entwicklung des ländlichen Raums. DIE LINKE fordert, dass der flächendeckende Netzausbau über einen Fonds finanziert wird, der sich aus den hohen Gewinnen aus den Ballungsgebieten speist. Kommunale Gesellschaften ohne Profitinteressen sollten hier verstärkt zum Einsatz kommen.

DIE LINKE setzt sich für flächendeckende, schnelle Internetverbindungen als Teil der gesellschaftlichen Teilhabe ein. Jeder Haushalt muss ein Anrecht auf einen bezahlbaren, schnellen Breitband-Internetanschluss haben. Niedrige Haushaltsnettoeinkommen dürfen zukünftig keine Ausgrenzungen von der Internetnutzung.

Wir wollen, dass auch Menschen mit Behinderungen und von Armut Bedrohte und Seniorinnen und Senioren am Internet teilhaben können.

DIE LINKE fordert

- *die Anerkennung von internetfähigen Endgeräten als Teil des soziokulturellen*
- *Existenzminimums.*
- *Kommunale Informations- und Partizipationsangebote sind grundsätzlich*
- *barrierefrei zu gestalten.*
- *kommunale Bildungsverantwortung muss sich auf medienpädagogische*
- *Qualifikation für all Altersgruppen erstrecken.*

Die Verfestigung der „Digitalen Spaltung“ von Ballungsgebiet und ländlichem Raum, von Jung und Alt, von Vermögenden und von Armut Bedrohten muss überwunden werden.“

⇒ **Übernahme durch Antragsteller**

Änderungsantrag 03

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Vogelsberg

Antrag A: Seite 10, Zeile 206 ersetzen:

„... über **60 Mio. Menschen...**“

Antrag B: Seite 10, Zeilen 210 bis 215 ersetzen:

„Refugees welcome!“ ist der Leitfaden hessischer Willkommenskultur. Wir wollen eine würdige Aufnahme von Flüchtlingen in unsere Städte und Gemeinden. Dazu gehört, dass die Flüchtlinge und ihre Familien rasch in Wohnungen untergebracht werden. Die medizinische Versorgung darf durch das Asylbewerberleistungsgesetz nicht länger eingeschränkt werden. Alle Flüchtlinge erhalten eine Gesundheitskarte, die den direkten Weg zu einer medizinischen Behandlung eröffnet. Beratungseinrichtungen müssen ausgeweitet und finanziert werden. Es muss einfache Zugänge zur Kindergartenbetreuung, dem Schulbesuch, der beruflichen Ausbildung und Arbeitsaufnahme geben.“

⇒ **Übernahme durch Antragsteller**

Änderungsantrag 06

Antragsteller: Landesarbeitsgemeinschaft Die Linke. Queer Hessen

Antrag: Seite 10, Zeile 231 einfügen:

„DIE LINKE setzt sich gegen Diskriminierung und für die Gleichberechtigung aller Lebensweisen auch in den Kommunen ein. Ausführliche Infos zum queeren Kommunalwahlprogramm finden Sie in den Materialien „Queer“: Gleichberechtigung für alle Lebensweisen“ und unter www.die-linke-hessen.de.“

Antrag der Antragskommission: Satz zwei „Ausführliche Infos ... www.die-linke-hessen.de“ streichen

⇒ **Übernahme durch Antragsteller**

Änderungsantrag 19

Antragssteller: Antragskommission

Antrag: Seite 13, Zeile 354 Überschrift ersetzen:

„Sozialökologische ortsnahe Energiepolitik für Klima- und Umweltschutz“

Seite 13, Zeile 359 ergänzen:

... betreiben. **Die kapitalistische Produktionsweise in ihrem Wachstumszwang erschließt und vernutzt die Ressourcen der Erde und belastet die Lebensgrundlagen der Menschen.**

Seite 13, Seite 362 einfügen

... Energieerzeugung. **Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs ist Basis einer sozialökologischen Klima- und Umweltpolitik.** Wir wollen gemeinsam...

Seite 13, Zeile 365 einfügen:

...Energieberatungsstellen eingerichtet werden. **Energieeinsparungen und der Umstieg auf erneuerbare Energien müssen Hand in Hand gehen. Entsprechende Festlegungen sollen nach Auffassung der LINKEN in die kommunalen baurechtlichen Festlegungen für private und gewerbliche Baugebiete Eingang finden.** Zudem sollen die Städte...

⇒ **Übernahme durch Antragsteller**

Änderungsantrag 04

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Vogelsberg

Antrag: Seite 13, Zeile 354 bis 377 ändern:

~~11. Orts nahe Energiepolitik~~

~~Die Energieversorgung ist wie die Wasserversorgung und Entsorgung eine öffentliche Aufgabe und muss auch eine solche bleiben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und dürfen nicht Profitwünsche privater Kapitaleigner erfüllen. Die Bürger_innen brauchen keine großen Energiekonzerne, die Atomkraftwerke und fossile Großkraftwerke betreiben.~~

~~DIE LINKE unterstützt lokale Energie- und Umweltprojekte, zur Verbesserung der ökologischen Lebensbedingungen und für den Ausbau lokaler erneuerbarer Energieerzeugung. Wir wollen gemeinsam mit lokalen Gruppen fortschrittliche und zukunftsorientierte Energiekonzepte politisch durchsetzen. Um in den Kommunen zu mehr Energieeffizienz beitragen zu können, sollen in allen kreisfreien Städten und Landkreisen kostenlose Energieberatungsstellen eingerichtet werden.~~

11. Sozialökologische Politik für Klima- und Umweltschutz

Wir befinden uns in einer tief greifenden Krise des Kapitalismus als eines welt-ökologischen Systems – die Krise, die zum ersten Mal in der Geschichte tatsächlich die Zukunft aller auf dem Planeten lebenden Menschen verknüpft (BIRGIT MAHNKOPF, 2015).

Die kapitalistische Produktionsweise in ihrem Wachstumszwang erschließt und vernutzt die Ressourcen der Erde und belastet die Lebensgrundlagen der Menschen. Der Klimawandel steht fest und ist nicht mehr vermeidbar.

Reduzierung des Ressourcen- und Energieverbrauchs ist Basis einer sozialökologischen Klima- und Umweltpolitik. Allein um den Klimawandel in einem erträglichen Umfang zu halten, müssten rund 80 Prozent der gegenwärtig bekannten und bereits eingepreisten Reserven an fossilen Rohstoffen im Boden bleiben.

Grundlage einer kommunalen Umwelt- und Energiepolitik muss deshalb die Reduzierung des Energieverbrauchs sein. Das betrifft vor allem die kommunalen Liegenschaften.

Energieeinsparungen und der Umstieg auf erneuerbare Energien müssen

Hand in Hand gehen. Entsprechende Festlegungen sollen nach Auffassung der LINKEN in die kommunalen baurechtlichen Festlegungen für private und gewerbliche Baugebiete Eingang finden. Die Energieversorgung ist wie die Wasserversorgung und Entsorgung eine öffentliche Aufgabe und muss auch eine solche bleiben.

Zudem sollen die Städte und Gemeinden in ihrem eigenen Verantwortungsbereich mit gutem Beispiel bei der Energieeinsparung vorangehen.

Viele Kommunen können ihre Strom- und Gasversorgung aus erneuerbaren Energien, Energiegewinnung im Zusammenhang mit der Abfallbehandlung und ihre Wasserversorgung lokal selbst organisieren und sich so von den großen Energiemonopolisten unabhängig machen. ~~Deshalb treten wir als DIE LINKE dafür ein die Ver- und Entsorgung wieder in Stadtwerken als kommunale Eigenbetriebe zu betreiben. Bei der lokalen Energieerzeugung unterstützen wir zudem genossenschaftlich organisierte Projekte.~~

Der bezahlbare Zugang zu Energie ist ein Menschenrecht und soll durch entsprechende Tarife realisiert werden. Eine wichtige Maßnahme zur Energieeinsparung sind hohe Energiegebühren bei Überschreitung eines Grundkontingents.

~~Wir treten für sozial gestaffelte Tarife ein, damit für alle die Energieversorgung bezahlbar bleibt. Strom oder Gasabschaltungen müssen unterbleiben.~~

DIE LINKE unterstützt gemeinwirtschaftliche regionale und kommunale Projekte zur ortsnahen regenerativen Energieerzeugung, insbesondere durch Wind-, Wasserkraft und Fotovoltaik, unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Bestimmungen.

DIE LINKE unterstützt alle gemeinwirtschaftlichen regionalen und kommunalen Projekte zur ortsnahen regenerativen Energieerzeugung unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen Bestimmungen insbesondere durch Wind- oder Wasserkraft.

⇒ **Erledigt durch Änderungsantrag 19**

Änderungsantrag 18 NEU

Antragssteller: Heidi Rettberg, Günter Schäfer u.a.

Antrag: Seite 14, Zeile 378 einfügen:

„... durch wind- oder Wasserkraft. **Natur- und artenschutzrechtliche, sowie geologische und hydrogeologische Untersuchungen sollen durch neutrale Gutachter sichergestellt werde. Um die Transparenz und Akzeptanz zu sichern, sollte die Bevölkerung in die Verfahren eingebunden und angehört werden“**

⇒ **Mit deutlicher Mehrheit abgelehnt**

Änderungsantrag 17

Antragssteller: Heinz-Jürgen Krug, Peter Ortler, Jörg Czesanne u.a.

Antrag: Seite 14, Zeile 406 einfügen:

„... **Arbeitsagenturen, Jobcentern und bei Hessentagen** nichts zu suchen.“

⇒ **Redaktionelle/Übernahme**

Schlussabstimmung zu Antrag 01

Antrag. 01

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen

Antrag: „Für soziale Gerechtigkeit und Demokratie in lebenswerten Städten und Gemeinden“
(siehe Anlage)

⇒ **mit den vorher beschlossenen Änderungen/Ergänzungen bei 1 Enthaltung angenommen**

Antrag 07

Antragssteller: DIE LINKE. Hessen, Landesarbeitsgemeinschaft Queer

Antrag: zusätzliches Material (Flyer) zur Kommunalwahl „Queer“: Gleichberechtigung für alle Lebensweisen (Text siehe Anlage)

Antrag der Antragskommission: Überweisung an die Landeswahlkampfleitung zur Erstellung eines Flyers gemeinsam mit der LAG Queer

⇒ **Antrag der ABK angenommen**

Antrag 03

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Landesvorstand

Antrag: Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA stoppen - Kommunale Daseinsvorsorge schützen! (siehe Anlage)

⇒ **mit großer Mehrheit angenommen**

Antragsblock Geflüchtetenpolitik

Antrag 02

„Flüchtlinge retten! Grenzen öffnen! Rassismus stoppen! Willkommenskultur stärken!“

Dazu wurden die folgenden Änderungsanträge beraten:

Änderungsantrag 07

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Darmstadt

Antrag: Seite 19, 2. Absatz „Eine Ursache für diese ... Bürgerkriegen ausgesetzt“ ersetzen:

*„Eine **Hauptursache** für diese Fluchtbewegungen sind die verheerenden Kriege die unter der Führung der USA und der teilweisen Beteiligung Deutschlands in Afghanistan, im Irak, auf dem Balkan und in etlichen afrikanischen Staaten geführt wurden und werden. So ~~wird~~ werden Terrororganisationen wie z. B. der Islamische Staat (IS), indirekt unterstützt und auch von mit Deutschland verbündeten Ländern ungehindert mit Geld und Waffen beliefert. Für die Bevölkerung ist meist die Flucht die einzige Chance zu überleben.“*

⇒ **Mit Änderungen übernommen**

Änderungsantrag 08

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Darmstadt

Antrag: Seite 19, 3. Absatz, zweiter Satz „Hauptursache dafür ist ... in die Arme getrieben“ ersetzen:

„Hauptursache dafür ist die Flüchtlingsabwehrstrategie der EU. Mit Hilfe der Grenzschutzagentur Frontex wird Europa immer mehr zu einer Festung, deren Hauptzweck darin besteht Kerneuropa vor den Geflüchteten abzuschirmen. Die Geflüchteten werden dadurch erst in die Arme der Schlepper getrieben.“

⇒ **Übernahme durch Antragsteller**

Änderungsantrag 09

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Darmstadt

Antrag: Seite 19/20, 4. Absatz nach dem letzten Satz einfügen:

„Die LINKE lehnt jede weitere Aushöhlung oder Verschärfung des Grundrechts auf Asyl kategorisch ab und wird sich im Falle einer weiteren Verschärfung an den stattfindenden Protesten beteiligen.“

⇒ **Übernahme durch Antragsteller**

Änderungsantrag 16

Antragssteller: Benno Pörtner, Ulrich Wilken, Heide Scheuch-Paschkewitz u.a.

Antrag: Seite 20, erster Spiegelstrich ergänzen:

„...sowie eine schnelle Anerkennung aller Asylsuchenden aus Ländern, in denen Krieg, Bürgerkrieg und Diktatoren herrschen.“

⇒ **Bei einigen Enthaltungen abgelehnt**

Änderungsantrag 10

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Darmstadt

Antrag: Seite 20, nach dem 5. Spiegelstrich einfügen:

⇒ **Reichtum besteuern, statt weiter den Sozialneid in der Bevölkerung zu schüren Flüchtlinge und andere Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen.** Es darf nicht sein, dass das

die Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten dazu genutzt wird, weitere Einschnitte in den Sozialstaat zu rechtfertigen. Um nicht Geflüchtete und andere Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen, müssen Konzerne, Millionäre und Spitzenverdiener wieder angemessen besteuert werden.

⇒ **Mit Änderungen übernommen**

Schlussabstimmung zu Antrag 02

Antrag 02

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Landesvorstand

Antrag: Flüchtlinge retten! Grenzen öffnen! Rassismus stoppen! Willkommenskultur stärken!

(Text siehe Anlage)

⇒ **mit den vorher beschlossenen Änderungen/Ergänzungen bei einigen Enthaltung angenommen**

Resolution 01

Antragsteller: Die Linke. Hessen, Landesvorstand und weitere Unterzeichner

Antrag: **Menschenrechte sind unteilbar**

Menschenrechte sind unabhängig vom Ort, an dem wir geboren wurden. Denn in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ heißt es: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“. Auch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland gilt nach wie vor uneingeschränkt: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.“

Diese Rechte sind unteilbar, unveräußerlich, unverhandelbar und können nicht gegeneinander ausgespielt werden. Zu den Menschenrechten gehören nach der Erklärung der Menschenrechte das Recht auf Selbstbestimmung, auf einen angemessenen Lebensstandard, einschließlich [angemessener Nahrung](#), auf den besten erreichbaren Gesundheitszustand, auf Bildung und auf Teilhabe am kulturellen Leben.

DIE LINKE wehrt sich gegen jeden Versuch, Flüchtlinge und andere Personengruppen gegeneinander auszuspielen. Es besteht keine Notwendigkeit zu entscheiden, ob Kinder Schulunterricht oder Asylbewerber_innen Deutschkurse oder wer bezahlbaren Wohnraum belegen darf. All das wäre bezahlbar, wenn nur die Steuergeschenke an Konzerne und Reiche seit der Regierung Helmut Kohl rückgängig gemacht würden.

DIE LINKE will diese Rechte „Freiheit! Gleichheit! Solidarität!“ verwirklichen. Dafür ist in einem reichen Land genügend Geld vorhanden. Wir müssen die Umverteilung „von unten nach oben“ endlich umkehren und den Reichen dafür das Geld aus Ihren Taschen und von ihren Bankkonten nehmen. Der Umverteilungskampf findet nicht zwischen Schulkindern, Asylbewerber_innen und Rentner_innen statt, sondern zwischen arm und reich.

DIE LINKE sagt eindeutig „JA“ zur Charta von Palermo: „Kein Mensch hat den Ort, an dem er geboren wird, ausgesucht oder sucht sich diesen aus. Jeder Mensch hat den Anspruch darauf, den Ort, an dem er leben, besser leben und nicht sterben möchte, frei zu wählen.“

⇒ **Mit 1 Enthaltung angenommen**

Antragsblock weitere Anträge

Antrag 04

Antragsteller: Achim Kessler, Eyup Yilmaz, Gabi Faulhaber und weitere

Antrag: Diskussion-/Positionspapier

Lebendige Dörfer, sozial ausgeglichene Ballungsgebiete!

Für eine soziale Strukturpolitik in Stadt und Land.

Lebendige Dörfer, sozial ausgeglichene Ballungsgebiete!

Für eine soziale Strukturpolitik in Stadt und Land.

(Text siehe Anlage)

Antrag der Antragskommission:

Der 8. Landesparteitag möge beschließen: Der Landesparteitag empfiehlt den Kreisverbänden, das vorgelegte Arbeitspapier der AG Wohnen – und Strukturpolitik in die Diskussion der örtlichen Kommunalwahlprogramme einzubeziehen.

⇒ **Antrag der ABK mit Mehrheit angenommen**

Antrag 05

Parlamentswahl Türkei Antrags-Nr. 05 „DIE LINKE Hessen ruft bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in der Türkei zur Wahl der HDP auf“

Dazu wurden beraten:

Änderungsantrag 11

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Darmstadt

Antrag: Seite 29, Zeile 7 ändern:

„- ~~fordern~~ **rufen** wir alle türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Hessen **auf**, ...“

⇒ **Übernommen durch Antragsteller**

Änderungsantrag 12

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Darmstadt

Antrag: Seite 28, vorletzter Abschnitt, Zeile 7 streichen:

„...*wie im internationalen Recht beschrieben*“

⇒ **Übernommen durch Antragsteller**

Änderungsantrag 13

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Darmstadt

Antrag: Seite 28, vorletzter Absatz, Zeile 8 ändern

„Dieser schmutzige Krieg ~~ist ein~~ **wird zunehmend zu einem** Krieg der NATO.“

⇒ **Mit Änderungen vom Antragsteller übernommen**

Änderungsantrag 14

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Kreisverband Darmstadt

Antrag: Seite 28, letzter Absatz, Zeile 2 „Bombardement“ ersetzen durch: „Kampfhandlungen“

⇒ **Übernommen durch Antragsteller**

Schlussabstimmung über Antrag 05

Antrag 05

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Landesvorstand

Antrag:

DIE LINKE Hessen ruft bei den vorgezogenen Parlamentswahlen in der Türkei zur Wahl der HDP auf

Bei den türkischen Parlamentswahlen im Juli erzielte die HDP 13%. Mit ihrem Einzug verhinderte sie, dass die AKP die absolute Mehrheit erreichte. 6 Mio. Menschen in der Türkei haben mit der Wahl der HDP zum Ausdruck gebracht, dass sie mehr Demokratie, Toleranz, Frieden und Weltoffenheit wollen – trotz gewalttätiger Repressalien und Anschläge während des Wahlkampfs. Die Bildung einer Regierung, die nahtlos eine Politik des Rückschritts, der Kontrolle der Medien der Unterdrückung und der Korruption fortsetzen kann wurde unmöglich.

Zu den Neuwahlen am 1. November, an denen sich wahlberechtigte türkische Staatsbürger in Deutschland bereits zwischen dem 8. und 25. Oktober beteiligen können,

- ~~fordern~~ **rufen** wir alle türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Hessen **auf**, die eine weltoffene, demokratische und emanzipatorische Türkei anstreben, auf, die HDP zu unterstützen und bis zum 25. Oktober ihre Stimme der HDP zu geben.

Wir wenden uns klar gegen alle Versuche der türkischen Regierung, die HDP und ihre Kandidatinnen und Kandidaten im Vorfeld der Wahlen zu kriminalisieren. Mit dem brutalen Anschlag auf eine Versammlung der sozialistischen Jugendverbände in der Stadt Suruc am 20. Juli, bei dem 34 Jugendliche getötet wurden, begann eine neue Stufe der Gewalt. Die türkische Regierung bombardiert nun kurdische Städte und Dörfer und nennt das "Kampf gegen den Terror", um in Wahrheit den Wiederaufbau von Kobane und die Schaffung eines demokratisch kontrollierten kurdischen Korridors in Syrien (Rojava) und der Türkei zu verhindern. **Fassungslos mussten wir den Anschlag in Ankara am 10.10.15 zur Kenntnis nehmen, den vielen Menschen, die für Demokratie auf die Straßen gingen, nicht überlebten.** Die Eskalation der Gewalt dient den Machterhaltungsinteressen und ist, ~~wie im internationalen Recht beschrieben~~, ein schmutziger Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Dieser schmutzige Krieg wird mehr und mehr zu einem Krieg der NATO.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

⇒ ~~auf die türkische Regierung einzuwirken, das Bombardement-~~ **Kampfhandlungen einzustellen und zum Friedensprozess zurück zu kehren**

⇒ die in der Türkei stationierten Patriot-Raketen abzuziehen und

⇒ das PKK-Verbot in Deutschland aufzuheben.

⇒ **Mit den vorher beschlossenen Änderungen mit 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltung angenommen**

Antrag 06

Antragsteller: Die Linke. Hessen, Kreisverband Lahn-Dill

Antrag: Schiedskommission

Der 8. Landesparteitag möge beschließen, dass die Landesschiedskommission ab der Neuwahl auf dem Landesparteitag 2016 wieder auf 9 Personen erweitert wird.

⇒ **zurückgezogen**

Initiativantrag 01 NEU

Antragsteller: DIE LINKE. Hessen, Landesarbeitsgemeinschaft Sozialistische Linke

Antrag: **Wir sagen weiter OXI**

Die Erpressung Griechenlands durch die EU und deren Hauptakteurin, die deutsche Bundesregierung, geht weiter.

Und es zeigt sich ein weiteres Mal wessen Interessen Schäuble, Merkel und Gabriel vertreten haben: die Interessen der deutschen und europäischen Banken und Konzernen.

Die Vergabe von Konzessionen an die Fraport AG zum Betrieb von 14 der griechischen Flughäfen, nämlich der gewinnbringenden, wurde bereits umgesetzt.

Die anderen Flughäfen, die keine Gewinne abwerfen, aber wesentlicher Teil der Verkehrsinfrastruktur sind, bleiben beim griechischen Staat. Gegen diesen Deal hat sich der Vorsitzende der Gewerkschaft der griechischen Flughafenangestellten klar ausgesprochen. Auch wir sagen „OXI“, Nein, zur Konzessions-Vergabe an die Fraport AG!

Aber der Widerstand in Griechenland wird weitergehen. Als LINKE stehen wir an der Seite derjenigen, die den Kampf gegen die Austeritätspolitik und ihre Folgen weiterführen.

Wir werden weiter gegen die erpresserische Politik der EU und der Bundesregierung Front machen.

Schluss mit der Erpressung Griechenlands – für einen Schuldenerlass!

Nein zur Austeritätspolitik!

Solidarität mit den Menschen, die in Griechenland gegen die Folgen des 3. Memorandums kämpfen!

Keine Privatisierung der 14 lukrativen Flughäfen an die Fraport AG!

⇒ **Mit 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen angenommen**

Initiativantrag 02

Antragsteller: Delegierte DIE LINKE. KV Gießen, Matthias Riedl u.a.

Antrag: Demo für Vielfalt in Gießen

Der Landesverband der LINKEN Hessen unterstützt die DGB initiierte Demonstration für Vielfalt am 17.10. in Gießen. Er ruft seine Mitglieder und Sympathisant*innen dazu auf an der Demonstration teilzunehmen.

⇒ **Mit 5 Enthaltungen angenommen**

Borken, 10.10.2015

Für das Protokoll
gez. Yvonne Sottorios

Für die Antragsberatungskommission
gez.: Peter Vetter